

Rußland und der Westen: miteinander, gegeneinander, nebeneinander?

Aus russischen Fachzeitschriften des zweiten Halbjahres 2000

Falk Bomsdorf*

Selbst wenn diese Themen noch nicht völlig verschwunden sind, geht es in den Fachzeitschriften des zweiten Halbjahres 2000 nicht mehr vornehmlich um die ewigen russischen Identitätsfragen (»Wer sind wir?«) und um die nationale Selbstfindung Rußlands, auch nicht mehr um angebliches westliches Fehlverhalten oder um die Behauptung russischer Einflusssphären in der Weltarena und ähnliches mehr. In dieser Hinsicht macht sich offenbar bereits der Amtsantritt von Präsident Putin bemerkbar, der sich nach eigenem Bekunden die Wiederherstellung von Rußlands Größe zum Ziel gesetzt hat. Es geht vielmehr vor allem um strategische Entscheidungen, vor denen Rußland, wie offenbar immer mehr Angehörige der russischen politischen Klasse meinen, mit Blick auf seine Beziehungen zur Außenwelt gegenwärtig steht. Dieser Wahl, die über die Zukunft des Landes und seinen Platz in der Welt bestimmen werde, widmen sich drei in den Oktobernummern von *Mirovaja Ėkonomika i meždunarodnye otnošenija* und *Meždunarodnaja žizn'* erschienene Artikel von Aleksej Arbatov, Viktor Kremenjuk und Aleksej Puškov sowie ein zur selben Zeit in *Pro et Contra* veröffentlichter Artikel von Dmitrij Trenin. Dabei behandelt Trenin vor allem das Verhältnis zwischen Rußland und den USA, während sich die drei anderen Autoren, jeweils aus ihrem spezifischen Blickwinkel, dem generellen Verhältnis Rußlands zu dem Teil der Welt widmen, der in Rußland mit dem mythisch überhöhten Begriff »Westen« bezeichnet wird.

* Der Autor, ehemaliger SWP-Mitarbeiter, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Dmitrij Trenin, ehemals Offizier der sowjetischen Streitkräfte, nunmehr stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums, geht in seinem Aufsatz über »Die dritte Generation: Die russisch-amerikanischen Beziehungen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts« davon aus, daß die beiden Mächte nach 200 Jahren ihrer Beziehungen am Beginn eines neuen Abschnitts

stehen. Sie wird für ihn vor allem durch die »ungeheure und sich ständig vergrößernde« Asymmetrie zwischen den USA und Rußland charakterisiert. Der Vergleich ihrer Kräfte, an den man sich zu Zeiten des Kalten Krieges mit seiner Rivalität zwischen beiden gleich stark erscheinenden Staaten so sehr gewöhnt hatte, sei für die Russen, so Trenin, inzwischen nicht nur deprimierend

- er habe jeden Sinn verloren. Es folgen Zahlen, die nicht nur in Rußland vielfach unbekannt sind: Einem amerikanischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 9300 Milliarden Dollar stehe ein russisches von 200 oder, je nach Berechnungsart, vielleicht 1000 Milliarden gegenüber, amerikanischen Militärausgaben von 270 Milliarden russische von 4 oder, bei Anwendung wohlwollenderer Vergleichsberechnungen, allenfalls 30 Milliarden. Trenin führt weitere Zahlen an: So werde Rußland das von Präsident Putin als Maßstab gewählte Niveau Portugals und seinen Lebensstandard erst 2015 erreichen, und das auch nur bei einem beständigen Wirtschaftswachstum von 8% jährlich. Die Sowjetunion habe das Bruttoinlandsprodukt der RGW-Länder 1990 noch um das Zweifache übertroffen; 10 Jahre später seien diese Länder Rußland beträchtlich voraus. Polen allein, mit seinen 40 Millionen Einwohnern und ohne große Bodenschätze, produziere gegenwärtig die Hälfte des russischen BIP.

Die Asymmetrie zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten wird sich laut Trenin noch verschärfen: Während die USA in die postindustrielle Phase ihrer wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten seien, durchlebe Rußland eine Phase der Deindustrialisierung. Gleichzeitig befinde sich das Land in einer beispiellosen finanziellen Abhängigkeit vom Westen, der seinerseits wirtschaftlich gut ohne Rußland auskommen könne. Marginalisiert sei Rußland auch in außenpolitischer Hinsicht: Alle Versuche, ein Gegengewicht gegen die USA und ihren Nimbus als einzige Supermacht zu schaffen, seien fehlgeschlagen. Dabei habe die Kosovokrise in einem Moment der Wahrheit der Welt demonstriert, wie wenig Gewicht Rußland noch in die politische Waagschale werfen könne.

Diese - ebenso nüchtern wie realistisch analysierte - Lage sei nicht nur negativ zu werten. Zwar sei der Status Rußlands im Vergleich zu den Zeiten des Kalten Krieges in der Tat merklich abgesunken; doch eröffneten sich damit dem Land auch Chancen. So hätten die Handlungsfreiheit Rußlands

wie seine Entwicklungsmöglichkeiten beträchtlich zugenommen. Um diese allerdings entfalten zu können, müsse man sich an die veränderten Bedingungen anpassen und insbesondere sein Verhältnis zu den USA neu gestalten. Dazu gehöre, so Trenin, zuallererst eines: sich im Innern wie nach außen auf die Prioritäten und auf das zu besinnen, was dem Lande diene. Diese Auffassung stellt Trenins »ceterum censeo« dar und verdient wörtlich zitiert zu werden:

»Die Hauptsorge Rußlands darf nicht der Kampf um die Erhaltung des Status einer Großmacht sein, sondern muß dem »Projekt eigenes Haus« gelten - der inneren Umgestaltung. Die Konzentration auf diese innere Aufgabe erfordert indessen nicht Isolation, sondern Integration in die internationale Umgebung, zumindest aber Anpassung an sie. Auch wenn die Russen (einschließlich der Führung) im allgemeinen mit den ungeheuren psychologischen Belastungen zurechtkommen und Wunder an Anpassung vollbringen, so können sich doch längst nicht alle an den Gedanken gewöhnen, daß ihr Land eine *gewesene* Supermacht ist. Die Mythen von der Größe der Macht nähren nicht nur Erinnerungen, sondern auch die sehr gegenwärtigen Ambitionen einiger Gruppen in der Elite, die auf materielle Vorteile und zusätzliches Prestige aus sind, wie es gerade ein gesteuerter Widerstand gegen Amerika verheißt. Rußland ist nicht das erste Land, in dem wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Konflikte zu nationaler Erniedrigung führen und das Bild eines äußeren Feindes als Ursache aller Leiden und Verluste erstehen lassen. Dies ist der psychologische Hintergrund für Revanchismus. ... Die Tatsache wird allgemein gesehen und anerkannt, daß Rußland sich nicht in eine globale Macht verwandeln kann. Aber selbst um eine regionale oder auch nur starke Macht zu bleiben, muß das Land erst einmal *erfolgreich* werden. Dabei ist die Hauptsache der Erfolg der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Transformation des Landes, von der die außenpolitische Rolle nur abgeleitet ist. Die wich-

tigste Aufgabe der russischen Außenpolitik ist im Grunde genommen örtlich begrenzt: Es geht nicht um die globale Korrektur des Systems der internationalen Beziehungen, sondern um die Suche nach zusätzlichen Ressourcen für die innere Entwicklung des Landes.«

Wieder einmal schreibt Trenin also seinen Landsleuten und insbesondere der politischen Klasse des Landes ins Stammbuch, was Rußland und seinen Menschen nottut. Dabei scheint er sich allerdings keinen Illusionen über die Wirksamkeit seiner Worte hinzugeben – zu gut offenbar kennt er die Verkrustungen in der russischen politischen Landschaft. Trenin beklagt die Unfähigkeit der russischen politischen Klasse, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Nachdrücklich weist er auf das Auseinanderfallen der beiderseitigen Weltbilder hin: Die Amerikaner seien vom zwanzigsten Jahrhundert in das einundzwanzigste eingetreten, die russischen Eliten aber in das neunzehnte regrediert. Auf diese Weise vermehrten sich die ohnehin vorhandenen gegenseitigen Fehlwahrnehmungen.

Wie sieht Trenin die künftige Entwicklung der russisch-amerikanischen Beziehungen? Eine Rückkehr zum Modell des Kalten Krieges hält er zwar für prinzipiell möglich, aber doch wenig wahrscheinlich. Zum einen reiche das dafür notwendige Konfliktpotential zumindest gegenwärtig nicht aus; im übrigen überschneide sich die aktuelle amerikanisch-russische Rivalität – von NMD über die NATO-Erweiterung bis zu Tschetschenien, Kaspi, Iran und Irak – vielfach mit Zusammenarbeit. Darüber hinaus wandle sich Rußland trotz aller Schwierigkeiten tatsächlich: Auch wenn es bis zu einem liberalen, demokratischen Regime noch geraume Zeit, vielleicht zwei, drei Generationen brauche, sei das Land jetzt schon pluralistisch, die Orientierung in Richtung Markt unverkennbar. Den von Präsident Putin eingeschlagenen Weg hält Trenin allerdings für verkehrt: Wirtschaftlicher Liberalismus und politischer Autoritarismus – das Putinsche Konzept – verträ-

gen sich unter russischen Bedingungen schlecht miteinander. Die Anwendung »barbarischer Mittel im Kampf gegen die Barbarei« – Trenin zitiert hier einen auf Peter den Großen gemünzten Ausspruch Vladimir Uljanovs¹ – fördere weniger die Zivilisiertheit, sondern nähere eher die Barbarei. Schließlich sei Rußland materiell schlicht nicht in der Lage, eine ernsthafte und langwährende Konfrontation mit den USA zu bestehen.

Anderes könne nur gelten, wenn in Rußland offen revanchistisch eingestellte Kräfte an die Macht kämen, die zu deren strenger Zentralisierung und überdies dazu fähig wären, die Wirtschaft für die Vorbereitung eines Krieges zu mobilisieren und eine enge militärische Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Feld weitreichender Nukleare Waffen, mit Regimen aufzunehmen, die den USA feindlich gesonnen sind. In einem solchen Falle würde die Konfrontation zur Realität; die USA würden erneut zu einer Politik der Abschreckung übergehen; und ein Teil der postsowjetischen Region würde zur Arena einer heftigen Auseinandersetzung. Doch sei all das, so Trenin, lediglich eine theoretische Möglichkeit, für deren Realisierung es keine Anzeichen gebe.

Die Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen entscheidet sich für Trenin an der Frage, auf welches Modell die russischen Eliten setzen: auf die »Größe des Staates« (veličie gosudarstva) oder auf den »Erfolg des Landes« (uspešnost' strany). Im ersten Fall könne Rußland sich verstärkte Aufmerksamkeit und Achtung nur auf traditionelle Weise verschaffen, nämlich durch zumindest partielle Wiederherstellung seiner alten Fähigkeit zur Zerstörung. Das Ergebnis sei allerdings absehbar: die Selbstzerstörung des Landes. Mit dieser Vorhersage hat Trenin offenbar die strategische

¹ Man sollte sich angewöhnen, statt »Lenin« und »Stalin« die richtigen Namen dieser beiden Figuren zu verwenden: Uljanov und Dschugaschvili. Damit würde man einen wesentlichen Beitrag zum Prozeß der Demythologisierung leisten, den Rußland so bitter nötig hat. Man mache bei nächster Gelegenheit einen Versuch – die Wirkung ist verblüffend!

Fehlallokation von Ressourcen im Auge, die eine solche Wahl zur Folge hätte. Sie würde in der Tat – der Zusammenbruch der Sowjetunion hat dies gezeigt – zum Kollaps Rußlands führen. Wenn die russischen Eliten dagegen die zweite Möglichkeit wählen und die *schöpferischen Kräfte* des Landes in den Mittelpunkt stellen, sei der Erfolg gewiß. Rußland müsse nur eine Menge alten Ballastes abwerfen, die historische Wahl zugunsten der Integration in das Große Europa treffen und damit beginnen, nach anderen Regeln zu spielen.

Freilich heißt das für Trenin nicht, daß sich Rußland künftig in allem und jedem den USA unterordnen solle. Die amerikanische Hegemonie sei nicht absolut und lasse Rußland genügend Spielraum, auch, wie Trenin zu verstehen gibt, für ein Agieren aus der Position relativer Schwäche heraus. Je freundschaftlicher Moskau gegenüber Washington opponiere, desto günstiger sei das Ergebnis. Wie dieses Modell – Trenin nennt es *konstruktive Asymmetrie* – konkret funktionieren soll, läßt der Autor weitgehend offen. Offen bleibt auch, ob Trenin wirklich an dessen Funktionsfähigkeit glaubt oder ob er den von ihm bevorzugten Weg, das »Projekt des eigenen Hauses«, also die Konzentration auf die innere Entwicklung Rußlands, auf diese Weise nur denen schmackhaft machen will, die sich mit den praktischen Konsequenzen amerikanischer Überlegenheit nicht abfinden wollen.

Trenin befindet sich in der Lage aller aufgeklärten russischen Autoren: Das Wünschbare und Vernünftige, über das sie schreiben, erscheint angesichts der realen Welt Rußlands häufig als Utopie. So merkt Trenin an, daß die konzentrierte Anlockung insbesondere amerikanischer Investitionen und Technologie – in der Tat unabdingbar für die Gesundung der russischen Wirtschaft – eine strategische Aufgabe der russischen Außenpolitik und ein grundlegender Indikator ihrer Effizienz sei. Damit hat er zweifellos recht; und er steht mit dieser Meinung nicht allein: Präsident Putin hat ähnliches den russischen Diplomaten sehr deutlich zu verstehen gegeben.

Doch wie soll das gehen? Für diese Aufgabe ist das russische Außenministerium mental nicht gerüstet; in ihm wird vornehmlich in den Kategorien gedacht, die Trenin so entschieden kritisiert.

Analoges gilt mit Blick auf Forderungen, mit denen Trenin seinen Artikel beschließt. Solange es Rußland nicht gelingt, seine Wirtschaft umzustrukturieren und seine Rohstoffnische zu verlassen, wird der Handel mit den USA kaum bedeutende Ausmaße annehmen. Richtig – aber dieser Wandel ist eben, wie Trenin selber schreibt, nicht in den Karten. Trenin weiter: Um in die globale Spitzenklasse aufzusteigen und zu den USA aufzuschließen, muß Rußland das Beste entwickeln, was es besitzt: sein Humankapital; dazu muß das russische Bildungssystem beständig und massiv unterstützt werden, muß Rußland sich amerikanisches Management und amerikanische Geschäftskultur aneignen, die amerikanische Erfahrung nutzen, um konkurrenzfähig zu werden, muß alljährlich »Zehntausende russischer Studenten und Tausende von Managern« zur Ausbildung in die USA schicken. Auch das ist richtig – und doch mutet auch diese Forderung seltsam abgehoben an angesichts des in großen Teilen der russischen politischen Klasse um sich greifenden Strebens nach Abgrenzung vom »Westen« und der gegenwärtig immer deutlicher sich abzeichnenden Unfähigkeit zu tiefgreifenden Reformen.

»Rußland und die USA haben die Chance, ihre Interessen durchzusetzen und dabei konstruktiv zusammenzuarbeiten, ungeachtet der realen und unüberwindlichen Asymmetrie zwischen ihnen.« Mit diesem Satz beendet Trenin seinen Artikel. Was Rußland betrifft, kann diese Chance nur ergriffen werden, wenn seine politische Klasse sich zunächst der realen Lage des Landes und der geforderten *strategischen Wahl* zwischen äußerer Größe und innerer Entwicklung bewußt wird – und wenn sie die richtige Wahl trifft. Der Verdienst von Trenins Artikel besteht darin, daß er all dies seinen Landsleuten deutlich vor Augen führt. Dahinter verblaßt die unverkennbare

Schwäche des Treninschen Modells der »konstruktiven Asymmetrie«, die wohl aus seiner Funktion herrührt: Das Modell soll die russische politische Klasse beruhigen und ihr suggerieren, Rußland könne auch in seiner gegenwärtigen Lage den USA widerstehen, sofern es dies nur »freundschaftlich« im Rahmen eines konstruktiven Verhältnisses tue. Genau dies aber widerspricht den Instinkten der russischen außenpolitischen Eliten; und nur deren Spitzen dürften der »Diplomatie der Schwäche« etwas abgewinnen können – freilich in einem ganz anderen Sinne, als Trenin gemeint hat, nämlich als ein Mittel, den Westen auf besondere Weise unter Druck zu setzen. Damit wird bei der Lektüre von Trenins Artikel erneut *eines* deutlich: Die politische Klasse Rußlands entscheidet sich angesichts der ihr von Trenin vor Augen geführten Wahl zwischen *Größe* und *Entwicklung* überwiegend immer noch für die *Größe*.

Rußland zwischen Unipolarität, Multipolarität und neuer Bipolarität

Daß dies die falsche Entscheidung ist, davon ist trotz aller patriotischen und bisweilen propagandistischen Töne, die von ihm zu vernehmen sind,² auch **Aleksej Arbatov** überzeugt, Dumaabgeordneter von »Jabloko« (ohne allerdings mit dieser linksliberalen Partei viel im Sinn zu haben) und Direktor des »Zentrums für geopolitische und militärische Prognosen« am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) der Russischen Akademie der Wissenschaften. Arbatovs Aufsatz, in der Oktobernummer von *Mirovaja Ekonomika i meždunarodnye otnošenija* erschienen, gibt sich eher unscheinbar und trägt eine Allerweltsüberschrift (»Die nationale Sicherheit Rußlands in der multipolaren Welt«). Doch seine Ausführungen enthalten

eine Perspektive für die russische Außen- und Sicherheitspolitik und letztlich für die Zukunft Rußlands in der Weltarena, wie sie in dieser Dichte und – für russische Verhältnisse – Gewagtheit bisher kaum zu lesen waren.³

Arbatov beginnt wie Trenin mit einem Kräftevergleich, dies ganz in sowjetischer Tradition, nur daß dieser Vergleich wie schon bei Trenin sehr zuungunsten Rußlands ausfällt. Er vergleicht zunächst Rußlands Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt mit dem Anteil der anderen wesentlichen Akteure in der Weltarena: USA 21%, EU 20%, Japan 7,5%, China 12,5% – und Rußland 2,4%. Dieses Verhältnis werde sich, so Arbatov, auch in Zukunft nicht wesentlich ändern. Im Jahr 2015 werde Rußland im besten Falle und bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 5 bis 6% immer noch lediglich einen Anteil von 3% am globalen BIP haben. In dieser Perspektive sei es problematisch, wenn Rußland Anspruch darauf erhebe, einer der eigenständigen Pole in der multipolaren Welt zu sein. Dies gelte um so mehr, wenn man die Verschuldung Rußlands ins Kalkül einbeziehe. Dies alles schlage sich im verringerten Einfluß Moskaus in der internationalen Arena nieder; denn dessen Ausmaß hänge vom wirtschaftlichen Potential des Landes ab.

Arbatov fährt mit seiner Schilderung unangenehmer Tatsachen und bedrohlicher Entwicklungen fort, offenkundig in der Absicht, die Leitvorstellung der *Multipolarität* zu relativieren, die von der russischen politischen Klasse seit Mitte der 90er Jahre als erstrebenswertes Ziel russischer Außen- und Sicherheitspolitik angesehen und angestrebt wird. In der Tat ist mit diesem Begriff wieder nur eine jener Formeln in die Politik eingeführt worden, die – wie »Markt«, »Demokratie« oder »Föderalismus« – die Lösung der in Rußland

² Vgl. etwa den Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 14.10.2000 (»Fremde Federn«) unter der Überschrift »Rußland will und darf sich nicht bedroht fühlen«.

³ Außer bei ihm selber. 1998 hat er in einem großen Artikel bereits ähnliche oder sogar identische Gedanken vertreten. Vgl. die Darstellung bei Falk Bomsdorf, Aus russischen Zeitschriften 1998, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 1999, S. 7ff.

anstehenden Probleme suggerieren sollen, ohne daß eine tiefere Kenntnis der zugrundeliegenden Konzepte und ihrer Verwirklichung vorhanden wäre. Die »Multipolarität« soll Rußlands außen- und sicherheitspolitisches Hauptproblem oder genauer gesagt das, was die russische politische Klasse dafür hält, lösen helfen: das erdrückende Übergewicht der USA und die *unipolare* Welt, die man darin sieht. Ist nur erst Multipolarität hergestellt, so das Kalkül der Moskauer Machtstrategen, wird Rußland wieder seine Rolle als »Große Macht« spielen können, die nicht mehr vor dem Übergewicht der USA zu erstarren braucht.

Arbatov gießt Wasser in diesen Wein, indem er minutiös anführt, was Rußland in einer multipolaren Welt zu erwarten hätte und wie sich seine Kräfte darin entwickeln würden. Zunächst geht er auf das militärische Kräfteverhältnis und seine künftige Entwicklung ein; damit trägt er der Moskauer politischen Klasse Rechnung, die ganz in sowjetischer Tradition davon überzeugt ist, daß militärische Macht einen politischen Schatten wirft. Arbatov beginnt mit dem Allerheiligsten: den Nuklearwaffen. Davon brauche Rußland eine erhebliche Anzahl; denn, so Arbatov, diese Waffen hätten nicht nur eine rein militärische Bedeutung als Mittel der Verteidigung, sondern auch eine militärpolitische Funktion, nämlich Abschreckung vor jeglicher Aggression, auch einer mit konventionellen Mitteln vorgetragenen. Die anschließende Argumentation läßt erkennen, daß Rußland gegenwärtig in einer ähnlichen Lage ist wie seinerzeit die NATO mit ihrer Doktrin der nuklearen Abschreckung (*flexible response*) des konventionell weit überlegenen Warschauer Paktes. Für die »erweiterte Abschreckung« benötige Rußland, so Arbatov, zumindest ein Gleichgewicht bei den strategischen Nuklearwaffen. Davon sei das Land aber weit entfernt, mit der Folge, daß bei einer Aggression mit konventionellen Mitteln die dagegen gerichtete russische Drohung mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen entweder schnell als Bluff entlarvt oder aber mit

einem präemptiven Entwaffnungsschlag beantwortet werde.

Dies sei schon schlimm genug; doch die multipolare Welt halte, so Arbatov, weitere unliebsame Überraschungen für Rußland bereit. Bald hätten nämlich dritte Länder, also Frankreich, Großbritannien und China, aber auch Indien, Pakistan, Israel, womöglich Iran, Nordkorea und andere, in ihrer Gesamtheit bei den strategischen Nuklearwaffen mit Rußland gleichgezogen oder es sogar überholt. Und ihre Waffensysteme würden potentiell gegen Rußland gerichtet sein; denn das Land habe keine nuklear gerüsteten Verbündeten. Die USA würden sich mit NMD gegen einen nuklearen Aufwuchs von Drittländern schützen. Rußland dagegen sei dazu wegen seiner schwierigen wirtschaftlichen Lage außerstande. Mit Blick auf die konventionellen Waffensysteme erinnert Arbatov an die goldenen Tage der konventionellen Überlegenheit von einst, als Rußland mit dem Warschauer Pakt eine dreifache Überlegenheit gegenüber der NATO in Europa besaß und im Fernen Osten den USA, China und Japan ebenfalls überlegen war, von seinen Nachbarn an der südlichen Flanke gar nicht zu sprechen. Jetzt könne Rußland nicht einmal seine von 4 auf 1,2 Millionen Mann reduzierten Streitkräfte unterhalten, während die das Land umgebenden Staaten militärisch immer stärker würden.

Indessen sei, Arbatov führt diesen Umstand wie zum Trost an, in der multipolaren Welt das wirtschaftliche und militärische Potential nicht allein entscheidend. Eine große Rolle spielten der Charakter der gegenseitigen Beziehungen wie auch der Grad der Zusammenarbeit zwischen den wesentlichen Machtzentren. Der russische Leser atmet auf: Jetzt kommt die positive Nachricht! Die Enttäuschung folgt sofort: Die Lage ist auch hier, so Arbatov, für Rußland alles andere als angenehm. Die Beziehungen zu den USA verschlechtern sich eher: NMD, Proliferation von Nuklearwaffen und Raketen sowie die Kooperation beim Bau von Kernkraftwerken und bei Militärtechnik mit China, Indien und Iran –

dies nur die wesentlichen Negativposten. Im Westen, also mit Blick auf Europa, wachsen die Konflikte ebenfalls: Erweiterung der NATO, Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Widersprüche gegenüber einer sich ebenfalls ausdehnenden EU. Im Süden bringt Rußland seine Verstrickung in lokale Konflikte im Nord- und Südkaukasus sowie in Mittelasien in einen immer tieferen Gegensatz zur islamischen Welt, wobei der Westen keineswegs ein wohlwollender Beobachter sei. Im Osten schließlich stört die ungelöste Territorialfrage die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Japan. Bringen Bündnisse mit China, Indien oder Iran Rußland Erleichterung, wie das viele meinen? Arbatov findet das nicht: Keines dieser Länder kann für Rußland ein vollwertiger Verbündeter sein; jedes von ihnen aber kann in bestimmten Fällen die Beziehungen Rußlands zu den USA, zu Westeuropa, Japan und der islamischen Welt belasten.

Was bedeutet diese düstere Perspektive? Arbatov läßt auch in dieser Hinsicht an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

»Aus alledem folgt, daß unser Land sich in der multipolaren Welt im Falle einer Fortsetzung der gegenwärtigen Tendenzen in einer äußerst nachteiligen und verwundbaren Lage wiederfinden kann – sowohl mit Blick auf sein weiteres Zurückfallen, gemessen an den Hauptkriterien nationaler Macht, als auch wegen seiner Ferne zu den wesentlichen Gruppen und Zentren regionaler wirtschaftlicher und militärisch-politischer Integration (NATO, EU, die asiatischen ›Tiger‹ und ASEAN, China und Japan). Außerdem werden die Beziehungen Rußlands zu einigen von ihnen immer spannungsreicher oder können sich in Zukunft zuspitzen. Die Folge könnte entweder Isolation und völliger Verlust russischen Einflusses und russischer Mitwirkung in der internationalen Arena sein oder die Erschöpfung der Ressourcen des Landes, bei wachsender Konfrontation in einzelnen Richtungen; im schlimmsten Falle droht die Niederwerfung Rußlands durch eine Koalition mehrerer Machtzentren im

Westen, Süden und Osten.«

Das klingt sehr alarmistisch. Doch es kommt noch schlimmer. Es ist nämlich laut Arbatov nicht so sehr die »Unipolarität«, also die gegenwärtig von der russischen politischen Klasse ständig als Bedrohung beschworene, alles erfassende Überlegenheit der Vereinigten Staaten, die Rußland fürchten sollte. Zum einen ist auch sie zu relativieren; zum anderen dürfte sie sich im 21. Jahrhundert gar nicht realisieren. Statt dessen sieht Arbatov eine neue Bipolarität heraufziehen, mit China und den USA als den beiden Protagonisten und der Asiatisch-Pazifischen Großregion als Austragungsort ihrer Auseinandersetzungen. Und diese Bipolarität ist, so Arbatov, für Rußland viel gefährlicher als alle Bedrohungen der Vergangenheit.

Rußland kann nämlich zwischen die Mühlsteine der amerikanisch-chinesischen Auseinandersetzung geraten. Schläge es sich, zusammen mit Japan, Taiwan und Südkorea, auf die Seite der USA, wäre eine Konfrontation mit China unausweichlich; sie brächte den Fernen Osten Rußlands angesichts der regionalen militärischen Überlegenheit Chinas in eine äußerst verwundbare Lage. Ein Bündnis mit China gegen den Westen, wie es gegenwärtig in Rußland tendenziell befürwortet wird, wäre nach Arbatov eine noch gefährlichere Variante: In diesem Fall würde die NATO im Westen Rußlands eine zweite militärisch-politische Front eröffnen, würde die Ukraine und den Südkaukasus auf ihre Seite ziehen und die Beziehungen Moskaus mit der islamischen Welt aufs äußerste erschweren. Gleichzeitig würde sich Rußland, anders als bei der russisch-chinesischen Allianz der 50er Jahre, in der Rolle des »jüngeren Bruders« wiederfinden, des schwachen und abhängigen Klienten Chinas. Der Ferne Osten wie auch ein Teil Sibiriens würden zum Opfer chinesischer Expansion und in deren Folge zur Rohstoffbasis Chinas werden. Es könnte sogar zu einem Handel Chinas mit Japan kommen: China würde den russischen Fernen Osten, Taiwan, einen Teil Indochinas sowie den

Schelf der südlichen Meeresgebiete erhalten, Japan dafür die gesamte Kurilenkette und Sachalin mit seinem ölreichen Schelf.

Die russische politische Klasse sollte also, so läßt sich die Botschaft Arbatovs zusammenfassen, auf der einen Seite ihre neurotische Furcht vor der amerikanischen »Unipolarität« ablegen und auf der anderen Seite einsehen, daß die Art von »Multipolarität«, für die sie, weil als erstrebenswert empfunden, mit allen Mitteln kämpft, eine Chimäre ist, die amerikanisch-chinesische Bipolarität aber ein viel wahrscheinlicheres und vor allem viel gefährlicheres Szenario. Arbatov plädiert in dieser Perspektive für einen konsequenten und genau koordinierten strategischen Kurs Rußlands in den nächsten 10 bis 15 Jahren. Als erste und wesentliche Aufgabe nennt er die Überwindung der wirtschaftlichen Krise, die Gewährleistung von Stabilität sowie die Schaffung eines für Investitionen günstigen Klimas. Vor allem notwendig sei eine »Säuberung« – Arbatov verwendet den Begriff, der gegenwärtig von den russischen Streitkräften in Tschetschenien zu hören ist (začistka) – des Staatsapparates, eine Umgestaltung aller Zweige der Staatsgewalt im Zentrum wie in den Regionen, die Geschlossenheit der Föderation sowie eine erfolgreiche Bekämpfung der Korruption und des Verbrechens, dies alles auf der Grundlage des Rechts. Außerdem müsse, so Arbatov, der Krieg in Tschetschenien schnellstens beendet werden, und zwar auf der Grundlage einer politischen Regelung. Darüber hinaus müsse dafür Sorge getragen werden, daß sich derartige Konflikte in Rußland nicht wiederholten.

In der Außenpolitik Rußlands müßten Priorität die Beziehungen zu jenen Staaten haben, von denen das wirtschaftliche Wachstum Rußlands abhängt: die westeuropäischen Staaten und Japan. Diese Länder würden mit Blick auf die langfristigen politischen Interessen Rußlands künftig die entscheidende Rolle spielen, die Beziehungen zu ihnen würden Rußland die Möglichkeit eröffnen, die neue Bipolarität zu vermeiden oder der Multipolarität zu

entgehen, in deren Rahmen sich das Land in einer Konfrontation »à tous azimuts« wiederfinden würde. Gleichzeitig würden gute Beziehungen zu Westeuropa und Japan Rußland in die Lage versetzen, seine zeitweilige wirtschaftliche und militärische Schwäche zu kompensieren und den Rückstand bei diesen Parametern nationaler Macht zu verringern. Mit demselben Ziel, so Arbatov, sollte Rußland auch eine Ausweitung und Stärkung von Rüstungskontrollregimen anstreben, sollte den Dialog über strategische Waffen mit den USA und über konventionelle Rüstung mit der NATO intensivieren, sollte schließlich die Gefahr der Proliferation von Nuklearwaffen und von entsprechenden Trägersystemen nicht aus kommerziellen und anderen Interessen außer acht lassen.

Arbatovs Empfehlungen für die künftige Strategie Rußlands verraten viel über Hoffnungen und Kränkungen der russischen politischen Klasse, über Besorgnisse und Ziele der russischen Außenpolitik:

»Auf dem europäischen Kontinent führt der eigentliche Weg Rußlands in Richtung einer allmählichen, genau durchdachten und auf die russischen Besonderheiten abgestimmten Annäherung an die Europäische Union und alle Strukturen des Großen Europa. Wenn auch in 15 Jahren die Kräfte der Russischen Föderation in der Reihe der globalen Zentren weit vom ersten Platz entfernt sind, kann Rußland im europäischen Maßstab mit Blick auf Wirtschaft und militärisches Potential doch eine der führenden Mächte bleiben, von seiner Bevölkerung und seiner Ausdehnung wie seinen Rohstoffen ganz zu schweigen. Das demokratische Europa kann und wird Rußland nicht zu einem Rohstoffanhängsel machen, wird seine Souveränität und seine territoriale Integrität nicht in Zweifel ziehen. Europa hat große Erfahrung mit jener Form von Integration, bei der die nationale und kulturelle Eigenart aller seiner Völker gewahrt bleibt. Die Integration Rußlands mit der Ukraine und Belarus' kann zum gegenseitigen Vorteil und ohne Konflikte gerade im Rahmen einer breite-

ren europäischen Integration erfolgen, was auch für seine Rückkehr in Wirtschaft und Politik Mittel- und Südeuropas gilt. ... Die konsequente Annäherung Rußlands an die EU in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht (unter Einschluß der Möglichkeit einer gemeinsamen Raketenabwehr im europäischen Maßstab) muß eine Alternative zur Fortentwicklung der NATO als Grundlage europäischer Sicherheit werden. Die Partnerschaft Rußlands mit der NATO kann umfassend angelegt werden; doch sie muß von der Beendigung der NATO-Erweiterung nach Osten und davon abhängig gemacht werden, daß die Anwendung von Gewalt, die dem Völkerrecht widerspricht und Sanktionen der UNO umgeht, künftig ausgeschlossen ist. Eine bedeutsame militärische Präsenz der USA in Europa stellt in Zukunft kein Unterpfand militärisch-politischer Stabilität auf dem Kontinent mehr dar. ... Die Hauptaufgabe Rußlands in der Asiatisch-Pazifischen Region ist – neben radikalen Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage Sibiriens und des Fernen Ostens – die Herausbildung von in höherem Maße ausbalancierten Beziehungen zu China und Japan. Die Beibehaltung einer militärischen Präsenz der USA in der Asiatisch-Pazifischen Region entspricht insofern den Interessen der Russischen Föderation, als die Alternative dazu die vollumfängliche Remilitarisierung (auch in nuklearer Hinsicht) Japans und ein aufflammender Wettbewerb der zwei asiatischen Giganten um den russischen Fernen Osten wäre. Die umfassende Ausweitung der Zusammenarbeit und der Verbindungen zwischen Rußland und Japan wird ein ausgeglicheneres und stabiles System von Beziehungen in der Asiatisch-Pazifischen Region schaffen und die Gefahr sowohl einer Konfrontation Chinas mit Japan und den USA als auch einer Umorientierung des chinesischen Drucks nach Norden abwenden. Gleichzeitig sollte Rußland aktiv die friedliche Vereinigung Koreas nach dem »deutschen Modell« fördern. ... Im Schwarzmeer-Kaspi-Becken muß Rußland äußerst selektiv hin-

sichtlich der unmittelbaren Beteiligung an gewaltsamen Konflikten sein, um sich nicht die ganze islamische Welt zum Gegner zu machen. Außerdem bedarf es einer umfassenden Stärkung der regionalen Stützen des Widerstandes gegen aggressiven Fundamentalismus und Nationalismus; schließlich muß bei der Regelung der Konflikte und der Erschließung der Bodenschätze der Region sowie bei dem Aufbau ihrer Transportinfrastruktur mit dem Westen zusammengearbeitet werden.«

Arbatovs Artikel ist an russischen Maßstäben gemessen alles andere als ein Beispiel für »political correctness«. Der Autor bricht zahlreiche Tabus und wartet mit vielen höchst unkonventionellen Anregungen auf. Daß er in manchen Aussagen doch noch auf halbem Wege stehen bleibt, liegt in der Natur der Sache. So entspräche es etwa der Logik seiner Ausführungen, die NATO zumindest als faktischen Verbündeten Rußlands zu betrachten, der für Sicherheit an dessen Westflanke sorgt und dem Land damit die Konzentration auf die eigentlichen Sicherheitsprobleme im Süden und im Osten ermöglicht. Gegen eine Erweiterung der NATO wäre folglich nichts mehr einzuwenden. Doch vielleicht würde dies, abgesehen vom Bruch eines weiteren Tabus, als unerwünschter Verzicht auf eine strategische Option begriffen, auf die Option nämlich, trotz aller Bedenken ein Bündnis mit China einzugehen oder doch wenigstens mit dieser Möglichkeit Politik zu machen. Oder sollen gar noch andere strategische Handlungsmöglichkeiten offengehalten werden?

Rußland: Neben dem Westen, aber eigenständig

Aleksej Puškov, zu Sowjetzeiten im Apparat des Zentralkomitees der KPdSU, Journalist, seit langem Mitglied der russischen »strategic community« und eher konservativ eingestellt, betrachtet in seinem in der Oktobernummer von *Meždunarodnaja žizn'* erschienenen Artikel (»Rußland in der

neuen Weltordnung: Neben dem Westen oder für sich allein?«) die Frage nach dem Platz Rußlands in der Welt und seinem Verhältnis zum Westen aus einem anderen Blickwinkel und kommt demgemäß auch zu einem anderen Ergebnis. Er ist einer der wenigen Autoren, die in ihren Aufsätzen auf Vladimir Putin und die ihn stützende Gruppierung eingehen, dies in der Überzeugung, daß, wie er schreibt, die künftige Rolle Rußlands in der Weltarena entscheidend vom neuen Präsidenten abhängt. Allerdings hat sich Präsident Putin, wie Puškov bedauernd feststellt, zu diesem Thema bisher kaum geäußert. Dies gibt dem Autor Gelegenheit, seine eigenen Gedanken auszubreiten und sie dem Präsidenten und der ihn tragenden Machtgruppierung anzubieten;⁴ es gibt ihm auch die Möglichkeit, Putin nach der – vielleicht schon wieder zum Ritual werdenden – verbalen Verbeugung zu Anfang im Laufe seines Artikels kaum noch zu erwähnen.

Der Präsident muß laut Puškov unter den strengen, seinen Spielraum einschränkenden Bedingungen eines zweifachen Imperativs handeln. Zum einen könne sich Putin keine Rückkehr zu der von 1991 bis 1995 vertretenen Linie »freiwilliger Abhängigkeit« vom Westen erlauben. Zwar habe man seinerzeit Zugang zu den internationalen Finanzorganisationen erhalten; im übrigen habe sich diese Linie aber weder in strategischer noch in geopolitischer Hinsicht ausgezahlt. So sei die Ausdehnung der NATO nicht verhindert, der Westen nicht genötigt worden, in Bosnien und im Kosovo mit Rußland zu rechnen; das besondere Interesse Rußlands im postsowjetischen Raum habe der Westen nicht anerkannt, dieser Raum sei im Gegenteil zu einer Zone vermehrter außenpolitischer Aktivitäten

⁴ Ein solches Angebot dürfte nicht ganz eigennützig sein: Puškov hat zu jener Moskauer politischen Gruppe gehört, die bei den Duma-wahlen den Wahlblock von Jurij Luškov und Evgenij Primakov unterstützt hat, und zwar auch mit Blick auf die Präsidentenwahlen. Diese Gruppe ist mit der Wahl von Putin zumindest teilweise in Ungnade gefallen; ihre Mitglieder haben allerdings vielfach wieder einen Platz an der Sonne ergattert.

der USA und der NATO geworden. Rußland habe freiwillig alle Spielregeln anerkannt, die die USA und die NATO ihm aufgezwungen hätten. Doch die westliche Allianz habe in strategischer Hinsicht eigene, nicht mit Rußland abgestimmte Pläne verfolgt und letztlich das Recht des Stärkeren ausgeübt, dies in der bis heute geltenden Annahme, daß Rußland angesichts seiner Schwäche und seiner finanziellen Abhängigkeit vom Westen keine andere Möglichkeit bleibe, als sich unterzuordnen. Zum ändern habe sich, wie die jüngste Geschichte zeige, auch die »Primakov-Doktrin« als unwirksam erwiesen. Puškov meint damit den unter Außenminister Primakov begonnenen Versuch, sich vom Westen ebenso abzugrenzen wie abzusetzen und ihm in einzelnen wichtigen Fragen – weitere Ausdehnung der NATO, Irak, Kosovo – offen entgegenzutreten. Wie der Ausgang dieser Konflikte erkennen lasse, sei auch das Manövrieren à la Primakov, bei all seinem Reiz, außerordentlich schwierig. Da helfe auch keine Beschwörung eines strategischen Dreiecks Moskau–Delhi–Peking oder einer strategischen Partnerschaft mit China, noch sei der Versuch sinnvoll, die Amerikaner und ihre europäischen Bündnispartner auseinanderzuidividieren.

In dieser Perspektive hat Vladimir Putin ein sehr schwieriges Erbe angetreten. Der Präsident habe sich als wichtigste Aufgabe den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands vorgenommen. Er sei für ihn der Schlüssel zur Wiedergeburt Rußlands als einer vollwertigen, von Minderwertigkeitskomplexen befreiten Großmacht (velikaja deržava). Für Puškov folgt daraus, was er das »Diktat der Realität« nennt: die Notwendigkeit, die Reibungen und Konflikte mit dem Westen möglichst gering zu halten; denn der Westen entscheide nicht nur über das Ausmaß der Investitionen in die russische Wirtschaft, sondern auch über die Restrukturierung der Rußland gewährten Kredite und die Milderung der russischen Schuldenlast.

Die Suche Rußlands nach seinem Platz in der Welt gestalte sich schwierig. Die ein-

fachste Lösung – eine »strategische Allianz« mit dem Westen – ist für Puškov eine »süße Illusion«. Dieser Ausweg ist Rußland also verschlossen, und zwar, so Puškov, nicht etwa aufgrund von Böswilligkeit des Westens oder wegen eines russischen Strebens nach Selbstisolierung. Er sei vielmehr deshalb verschlossen, weil Rußland und der Westen zu wenig gemeinsame strategische Interessen hätten und sie zu viele Gegensätze trennten. Puškov führt diese Gegensätze im einzelnen auf, wobei er sich auf die USA konzentriert.

Die, in den wesentlichen Zügen bekannte, Reihe beginnt mit der unterschiedlichen Auffassung in der Frage des Beitritts der Baltischen Staaten zur NATO und setzt sich fort in Differenzen über die Perspektiven des »nahen Auslands«, wie Puškov dies nach wie vor nennt. Die USA seien gegen eine Reintegration des postsowjetischen Raumes und insbesondere der Ukraine und von Belarus' in eine neue Union, während Rußland umgekehrt an einer »maximalen Annäherung« an Belarus' und, »als Minimum«, an der politischen Neutralität der Ukraine interessiert sei. Auf dem Balkan versuchten die USA und die EU das Aktionsfeld ihrer strategischen Gemeinschaft weiter vorzuschieben; daher sei es für sie von grundlegender Bedeutung, das Milošević-Regime zu stürzen, was Puškov, der seinen Artikel vor den Wahlen in Serbien und dem anschließenden Abgang von Milošević geschrieben hat, gegen den Strich geht, wie so vielen in der russischen politischen Klasse und insbesondere in den höheren Rängen der Streitkräfte, wo man den serbischen Diktator als Verbündeten betrachtete. Auch im Südkaukasus und der Kaspischen Region stießen die Interessen aufeinander. Während Rußland »aus begreiflichen Gründen« auf einer Trassenführung der Ölpipelines über russisches Gebiet bestehe, wollten die USA diversifizieren und von russischen Transportlinien unabhängig werden. Im Mittleren Osten sei man mit Blick auf den Irak und den Iran ebenfalls ganz unterschiedlicher Auffassung. Ähnliches gilt für den Fernen Osten,

wo Rußland ein Verhältnis langfristiger Partnerschaft mit China aufbaue, was wegen seiner militärischen Implikationen Besorgnisse der USA hervorrufe.

Eurasien ist damit für Puškov der Großkontinent, wo die Interessen der wesentlichen Akteure – USA, EU, Rußland, China, Japan, Indien – aufeinanderstoßen; dort wird der Kampf um die Frage ausgetragen, »wer in welchem Ausmaß darüber bestimmt, wie das geopolitische, wirtschaftliche und rohstoffmäßige Herz der Menschheit schlage«, wie Puškov in einer poetischen Anwandlung schreibt. Rußland – und das ist eine der Kernaussagen seines Artikels – könne diesem Kampf nicht ausweichen. Ein Rückzug aus den wesentlichen Regionen Eurasiens habe nämlich unweigerlich zur Folge, daß Rußland an die eurasische Peripherie und damit an den Rand der Weltpolitik gedrängt werde. Das sei die eigentliche Alternative, läßt Puškov erkennen, nicht aber, wie manche meinten, die Integration Rußlands in das westliche System der wirtschaftlich-finanziellen und militärisch-politischen Allianzen.

Warum das so ist, begründet Puškov mit Ausführungen, die jeder studieren sollte, der an eine Eingliederung Rußlands in die westlichen Institutionen oder doch jedenfalls an eine entsprechende Einbindung denkt:

»Als ein Land, das lange Zeit als selbständige zivilisatorische Einheit existiert hat, als frühere Supermacht, die Reste von Merkmalen ihrer Größe bewahrt hat, als im geographischen Sinne halbasiatischer Staat, schließlich als ein Land mit einer Summe von Interessen, die sich von denen der USA und einer Reihe anderer führender Staaten der westlichen Allianz wesentlich unterscheiden, ist Rußland **politisch nicht integrierbar**,⁵ das heißt, das Land kann vom Westen nicht in das System seiner Allianzen einbezogen werden. Und das ist nicht eine Folge bösen Willens auf seiten des Westens, sondern hat tiefgehende historische, psychologische und kulturell-politische Gründe.«

5 Fettdruck im Original.

Kann Rußland jedenfalls, nachdem die Politik der »besonderen Beziehungen« zu den USA fehlgeschlagen ist, auf »besondere Beziehungen« zu Europa rechnen? Puškov ist auch in dieser – selbst gestellten – Frage skeptisch. Alle wesentlichen europäischen Staaten seien in der NATO und im übrigen auf die globalen strategischen Handlungsmöglichkeiten der USA angewiesen. »Besondere Beziehungen« zu Rußland zu entwickeln sei also, so ist Puškov zu verstehen, angesichts dieser Interessenlage von den Europäern nicht zu erwarten. Zwar werde Rußland – eine optimistische Annahme des Autors – Teil des einheitlichen europäischen Rechts- und Informationsraumes, dem es auch geistig angehören werde. Doch in politischer und militärstrategischer Hinsicht könne es sich Europa nicht anschließen. Der entsprechende Integrationsprozeß finde also ohne Rußland statt – mit der Folge einer weiteren Konsolidierung Europas auf »euroatlantischer Grundlage«.

Puškov beschließt seinen Artikel mit wesentlichen Aussagen zum Weg Rußlands wie zum künftigen Kurs der Außenpolitik. Zunächst setzt er sich mit denen auseinander, die Rußland nahelegen, von dem Irrweg abzulassen, der ihrer Auffassung nach in der Suche nach der verlorenen »Größe« (veličie) liegt, und sich statt dessen dem Wiederaufbau der Wirtschaft zu widmen und sich in den »Westen«, letztlich also in die Gemeinschaft der entwickelten Industriedemokratien, zu integrieren. Dieser Weg, so Puškov, sei für Deutschland und Japan, den im Zweiten Weltkrieg Besiegten, gangbar gewesen. Für ihre Sicherheit hätten die NATO und die USA gesorgt; im übrigen hätten sie sich mit einer regionalen Rolle zufriedengegeben. Rußland indessen könne diesen Weg nicht gehen: Das Land sei riesig und grenze an sechs der wichtigsten geopolitischen Regionen: Nord-europa, Osteuropa, Balkan, Naher und Mittlerer Osten, Zentralasien und Ferner Osten. Bereits diese Tatsache fordere von Rußland eine aktive und vielgestaltige Außenpolitik. Und vor allem: Sie zwingt das Land, beständig um seine Sicherheit besorgt zu sein.

Rußland müsse also, so Puškov, seinen eigenen Weg gehen.

Auch Puškov sieht deutlich, daß ein solcher strategischer Ansatz Rußland in ein Dilemma bringt. Das Land stehe vor zwei Imperativen: Auf der einen Seite müsse es konsequent seine nationalen Interessen verteidigen; auf der anderen Seite müsse es sich in die Weltwirtschaft integrieren. Zwischen beiden Imperativen bestehe, so Puškov, ein innerer Widerspruch. Die strikte Verteidigung russischer außenpolitischer Interessen könne in Konflikt geraten mit den Aufgaben, die aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten folgen. Diesen Widerspruch könne man indessen nicht zugunsten der einen oder anderen Forderung auflösen. Wer die Integration Rußlands in globale und europäische Strukturen für vorrangig halte, müsse sich mit einer anderen Rolle Rußlands abfinden: statt zentrale eurasische Macht ein sich den Interessen der USA und des Westens unterordnendes Land. Wer dagegen allein russische Interessen durchsetzen wolle, müsse die Verbindungen mit dem Westen opfern und die Selbstbehauptung Rußlands als zentrale militärisch-politische Macht des Kontinents befürworten. Beide Alternativen seien jedoch, so Puškov, für Rußland unannehmbar. Der Autor teilt nicht mit, warum das so ist; doch der Grund ist klar: Das eine will Rußland nicht, und das andere kann es nicht.

Sieht Puškov einen Ausweg aus diesem Dilemma? Der Autor windet sich erkennbar und ruft zunächst Hilfstruppen auf den Plan: »Unsere Diplomatie muß mit allen Mitteln der uns aufgezwungenen strikten Verknüpfung zwischen unserem außenpolitischen Verhalten und den Notwendigkeiten des Aufschwungs unserer Wirtschaft ausweichen.« Eine solche Verknüpfung, beklagt Puškov bei dieser Gelegenheit, gereiche nur den USA zum Vorteil: Diese könnten das russische außenpolitische Potential neutralisieren, indem sie die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit Rußlands ausnutzten. Wenn aber, so möchte man fragen, die russische Diploma-

tie trotz ihrer unverkennbaren Erfolge in dieser Hinsicht das Dilemma und seine praktischen Auswirkungen nicht weiter verschleiern und verschleppen kann?

Puškov setzt auf die konkrete Situation: »Wir müssen in jedem einzelnen Fall eine Wahl treffen, ausgehend von einer Gesamtanalyse der Argumente ›dafür‹ und ›dagegen‹.«

Puškov führt solche Einzelfälle selbst an. 1999 habe Rußland die »Aggression der NATO gegen Jugoslawien« als gegen seine nationalen Interessen gerichtet angesehen. Man habe jedoch keinen politischen Konflikt mit dem Westen riskiert, weil, wie Puškov erkennen läßt, dies die Möglichkeiten Rußlands hätte untergraben können, breiter am Weltwirtschaftssystem beteiligt zu werden. Müssen wir aber auch, fragt Puškov, um der guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA und zu Westeuropa willen mit deren fester Absicht einverstanden sein, die zweite Welle der NATO-Erweiterung durchzuführen, von der auch die Baltischen Staaten erfaßt werden? Oder uns um den Preis besserer Perspektiven für die Restrukturierung unserer Schulden mit der Absicht der USA abfinden, ein System der nationalen Raketenabwehr zu errichten?

Puškov gibt keine Antwort auf diese Fragen. Statt dessen enthält sein Aufsatz fettgedruckt sein offenbar pragmatisch gemeintes, aber eher eine gewisse Verlegenheit, wenn nicht gar Verzweiflung erkennen lassendes Credo: »Da wir weder Teil der NATO noch der EU sein können, haben wir keine andere Wahl als die stetige Suche nach einer Balance zwischen unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen und der Notwendigkeit, solche Entwicklungen in der Außenwelt zu behindern, die unsere Lage als abhängige und schwache ›Großmacht‹ verschlimmern.« Letztlich heißt das nichts anderes, als daß das Land sich an jedem Kreuzweg – und Rußland kommt beständig an Kreuzwege – erneut entscheiden muß, welche prinzipielle Richtung es jeweils einschlagen will. Auf diese Weise kommt man nur schwer ans Ziel. Puškov verdeckt diese

Konsequenz seines Artikels, indem er als Empfehlung für die russische Außenpolitik den künftigen Kurs Rußlands in der Formel zusammenfaßt: *neben dem Westen, aber als eigenständige Macht.*

Puškov glaubt, dies sei noch angemerkert, daß die Globalisierung Rußland bei der Gratwanderung hilft, die er letztlich empfiehlt. In einer globalisierten Welt nämlich seien die politischen Beziehungen zwischen den Staaten von nicht so großer Bedeutung. Den strategischen Investoren aus dem Westen sei der Streit Rußlands mit den USA wegen Iran, Irak und sogar Kosovo eher gleichgültig. Für sie seien entscheidend die Zukunftsträchtigkeit ihrer Investitionen und ihre Gewinnaussichten. Puškov benutzt also – ein seltener Fall in Rußland, wo Profit und Gewinn immer noch eher negativ besetzt sind – den globalen Kapitalismus als Argument zur Stützung einer strikt an nationalen Interessen ausgerichteten russischen Außenpolitik. Und er führt den Gedankengang mit Blick auf die inneren Notwendigkeiten fort, indem er fast erstaunt ausführt, »unsere Beteiligung an der sich globalisierenden Wirtschaft hängt viel stärker von unserer Fähigkeit ab, ein für Investoren günstiges Investitionsklima zu schaffen als von unseren Differenzen mit den USA in außenpolitischen Fragen.« Auf diese Weise steht am Ende von Puškov Artikel, wenn auch unabsichtlich, doch noch eine positive, in westlichen Augen allerdings banale Erkenntnis. Sie zeigt indessen auch, daß es die russische politische Klasse in Fortführung einer alten Tradition immer noch vorzieht, sich mit den großen Fragen der Weltpolitik und der russischen Rolle in ihr zu befassen, statt sich den häuslichen Aufgaben zu widmen und die Frage zu beantworten, wie man denn ein günstiges Investitionsklima schaffen kann.

Der Westen und Rußland: Grenzen der Beziehungen

Der Artikel von Viktor Kremenjuk, stellver-

tretender Direktor des USA-Kanada-Institutes der Russischen Akademie der Wissenschaften, fällt gegenüber den anderen Artikeln deutlich ab; manches an seiner Argumentation ist unklar und widersprüchlich. Gleichwohl ist der Artikel mit Blick auf einige Erkenntnisse zitierenswert. Im Wissen, daß die anstehenden Entscheidungen Rußlands von westlichem Verhalten abhängen, versetzt sich der Autor in seinem Artikel (»Der Westen sucht die Grenzen der Beziehungen zu Rußland«) zunächst in die Position des Westens – eher eine Seltenheit unter den Angehörigen der russischen politischen Klasse, die mehrheitlich nicht einmal daran denken, ihre vordergründige Sichtweise des »Westens« zu überprüfen und sich dazu in seine Lage einzufühlen.

Kremenuk weiß, daß der Westen nicht wie früher zu Zeiten des Kalten Krieges gewillt ist, diktatorische Regime als Verbündete zu akzeptieren. Die Bereitschaft westlicher Staaten, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten oder sich ihnen sogar anzunähern und sie in die westlichen Institutionen aufzunehmen, sei, wie Kremenuk fast bewundernd schreibt, an die Erfüllung einer Reihe strikter Bedingungen gekoppelt: sie betreffen das politische System des jeweiligen Landes, seine Gesetzgebung und die Anwendung der Gesetze, seine Sozialpolitik, seine Haltung gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten, seine Wirtschaftslage, seine Umweltpolitik und ähnliches mehr. An diesem Maßstab gemessen, so läßt Kremenuk erkennen, könne der Westen an sich nicht zur Zusammenarbeit mit Rußland bereit sein, von dessen Aufnahme in wesentliche Institutionen ganz zu schweigen. Doch der Westen habe inzwischen verstanden, vermutet Kremenuk, daß das politische System Rußlands noch nicht für demokratische Reformen, für die Umsetzung von Freiheit und Wohlstand reif sei und daß er es noch lange mit einem im höchsten Grade labilen System zu tun haben werde. Er sehe sich daher vor der Aufgabe, seine Politik gegenüber Rußland als einem Land zu definieren,

in dem Bürokratie und Sicherheitsstrukturen dominierten, in dem die Wirtschaft sich in einem dauerhaften Zustand tiefer Lähmung befinde, weil die zentrale Frage – die nach dem Eigentum und seinem Verhältnis zur Macht – nicht entschieden sei und nicht entschieden werde. Das alles mache, so Kremenuk, Rußland in den Augen des Westens zu einer Gefahr und zu einer Quelle ständigen Ärgers für seine Umgebung.

Kremenuk sieht den Westen gegenwärtig in dem Versuch begriffen, den Rahmen für seine Rußlandpolitik neu abzustecken. Dabei sei erstens zu erwarten, daß mit der Aufnahme Rußlands in den Bestand der »G8« einstweilen die Möglichkeiten zur Integration des Landes in westliche Strukturen erschöpft seien. Zweitens zeichne sich ein Ende der Periode der »Meistbegünstigung« Rußlands bei den Kreditbeziehungen, wie Kremenuk das nennt, ab: Neue Großkredite für Rußland werde es ebensowenig mehr geben wie einen nennenswerten Erlaß russischer Schulden. Wie werde der Westen reagieren, das ist für Kremenuk die Frage, wenn sich Rußland angesichts seiner im Westen drohenden Isolierung tatsächlich auf »notgedrungen eingegangene Bündnisse« mit solchen »schwierigen« Ländern wie Nordkorea, Irak, Libyen und Kuba einlasse? Und seine Hauptfrage: Kann ein Rußland, das im Prozeß seiner Demokratisierung stehengeblieben ist, auf Verständnis des Westens rechnen, auf seine Bereitschaft, wenn schon nicht partnerschaftliche, so doch solche Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, die man mit den Begriffen »gegenseitige Toleranz« und »parallele Koexistenz« umschreiben könnte?

Für Kremenuk sind diese Fragen deshalb so drängend, weil er einerseits sieht, daß Rußland in eine Richtung abdriftet, die dem Westen alles andere als genehm sein kann, und er andererseits davon überzeugt ist, daß Rußland auf den Westen angewiesen ist und die Zeit einer freien Wahl zwischen Annäherung an ihn und Distanz zu ihm vorbei ist. Kremenuk sieht das Land

denn auch vor einer ganz anderen Frage: Inwieweit ist Rußland fähig, seine Souveränität und seinen Status als »Große Macht« zu verkürzen, weil, so darf man den Autor verstehen, nur unter dieser Bedingung eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Westen zu haben ist? Oder ist, so die Befürchtung Kremenjucks, die Kluft zum Westen bereits so groß geworden, daß Rußland nur noch der Weg an den Rand der Geschichte oder, ähnlich wie beim Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches Anfang des 20. Jahrhunderts, die Erklärung des politischen und wirtschaftlichen Bankrotts bleibt? Kremenjuk beantwortet diese Fragen nicht, geht nicht weiter auf dieses »bedrückende Dilemma« ein. Für ihn steht Rußland auch im Hinblick auf sein Verhalten gegenüber der Außenwelt jedenfalls nur *ein* Weg offen: die weitere Umgestaltung im Innern, mit, wie er es nennt, »tätigen Anleihen« beim Westen, und zwar weniger in finanzieller und technologischer Hinsicht, als vielmehr mit Blick auf jene Mechanismen und Institute, ohne die Fortschritt nicht möglich sei. Wir müssen, schreibt Kremenjuk, den Weg gehen, den Deutschland, Japan und Italien nach dem Zweiten Weltkrieg und die Länder Ost- und Südostasiens sowie Lateinamerikas in den 70er und 80er Jahren beschritten haben.

Kremenjuk räumt ein, daß dieser Weg keinen schnellen Erfolg verspricht. Und er weist selbst darauf hin, daß er von inneren Erschütterungen in Rußland begleitet sein werde; denn es müsse der Widerstand aller überwinden werden, die von einer Revanche träumten, von der Errichtung – dies kann man nur als eine kaum verhüllte Kritik an Präsident Putin verstehen – einer »gelenkten Ordnung«, von der Ersetzung des Gesetzes durch den Polizeiknüppel. Doch wenn Rußland würdig und nicht als Sklavenstaat überleben wolle, bleibe ihm gar nichts anderes als, wie schon zu Zeiten Peters I., sein Gesicht dem Westen zuzuwenden und die enge Zusammenarbeit mit ihm nicht zu fürchten. Kremenjuk fügt hier einen interessanten Hinweis an: Diese Hinwendung bedeute ja keineswegs, daß man

sich auf immer der Freiheit der Wahl beraube und sich mit einer unbedingten Abhängigkeit vom Westen einverstanden erkläre. »Im Gegenteil, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Westen verträgt sich wunderbar mit Konzeptionen wie der »Multipolarität« und anderen Elementen außenpolitischen Manövrierens, die die Mehrsilbigkeit der russischen Politik und die darin enthaltenen Möglichkeiten unterstreichen: die Rolle des Bindeglieds zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd, zwischen »Schurkenstaaten« und zivili-sierter Welt«.

Fazit: Erneut »Koexistenz«?

Den vorgestellten Artikeln liegt letztlich ein einfacher Gedankengang zugrunde. Verkürzt läßt er sich so zusammenfassen: Rußlands Lage ist kritisch; das Land reformiert sich nicht und fällt eher weiter hinter die westliche Welt und die USA zurück, als daß es Fortschritte macht. Gleichzeitig ist Rußland finanziell und wirtschaftlich vom Westen abhängig, handelt aber häufig und mit zunehmender Tendenz gegen dessen Interessen. Der Westen hat das bisher hingenommen; doch ist zweifelhaft, ob das so bleiben wird. Wie kann Rußland dieses Dilemma auflösen?

Die Antworten der Autoren sind vom westlichen Standpunkt aus wenig befriedigend. Trenins und Arbatovs Überzeugung, Rußland müsse anders werden, um so sich selbst zu helfen und die Beziehungen zum Westen auf tragfähige Grundlagen zu stellen, ist zwar richtig. Was aber ist zu tun, bis dieses »andere Rußland« auf den Plan tritt? In absehbarer Zeit jedenfalls wird es das Rußland, das beide Autoren völlig zu Recht fordern, nicht geben. In dieser Perspektive wird sich der Westen auf eine russische Haltung einstellen müssen, wie sie Puškov ausführt: Die russische Regierung wird in jedem einzelnen Fall versuchen, ihre Interessen durchzusetzen, und westlichen Vorstellungen nur da entgegenkommen, wo es nicht anders geht –

also gleichsam zähneknirschend.

Wie den Artikeln zu entnehmen ist, muß man sich auf ein weiteres einstellen: darauf, daß für ein wirklich grundlegendes Umdenken im Verhältnis zum Westen die Zeit in Rußland offenbar noch nicht reif ist. So ist es symptomatisch, daß bis auf Trenin, der in seiner Aufgeklärtheit ohnehin wie stets aus dem Rahmen fällt, alle Autoren erkennen lassen, daß das, was Rußland gegenwärtig brauche, eine »peredýška« sei, also eine längere Atempause, um sich zu erholen, und zwar auch und gerade durch Zusammenarbeit mit dem Westen. Was geschieht, wenn Rußland wieder Kräfte gesammelt hat, wird mehr oder minder verhüllt angedeutet: Dann kann das Land wieder die Politik einer »Großen Macht« führen. Symptomatisch ist in dieser Hinsicht die Auffassung von Kremenjuk, Rußland müsse in seiner Notlage wie seinerzeit Peter der Große sein Gesicht Europa zuwenden. Dabei bleibt unausgesprochen, aber nicht minder deutlich im Raum stehen, was der Zar damals hinzugefügt haben soll und was jedem gebildeten Russen präsent ist: Wenn man genügend Kräfte gesammelt habe, könne man Europa getrost wieder den Rücken zukehren. Gefordert wird also letztlich nicht eine prinzipielle Neuorientierung, ein wirkliches Umdenken, sondern eher eine Modernisierung und eine umfassende, aber im Grunde genommen doch nur taktisch gemeinte Anpassung an gegenwärtige politische und wirtschaftliche Bedürfnisse.

Erstaunlich bleibt, daß Trenin und Arbatov mit ihren Daten und Zahlen der russischen politischen Klasse ein so deutliches Bild von der Schwäche des Landes präsentieren. Dies kontrastiert mit der Vorstellung, die man im Westen und insbesondere auch in Deutschland von Rußland hat, wo man – so der Eindruck – das Land trotz aller erkennbaren Probleme doch wieder im Aufstieg sieht; es kontrastiert auch mit der Sicht, die die russischen außenpolitischen Eliten mehrheitlich von ihrem Land haben oder jedenfalls nach außen kommunizieren. Doch genau darin scheint der

Zweck der ungeschminkten Darstellungen Trenins und Arbatovs zu liegen: Sie wollen die russische politische Klasse aus ihrer neuen Selbstgefälligkeit wachrütteln und ihr deutlich machen, daß es für das neue und hypertrophierte russische Selbstbewußtsein und die daraus fließende Politik keine sachliche Grundlage gibt.

Das offizielle Moskau dürfte dies nicht goutieren. Die russische Außenpolitik folgt gegenwärtig ganz offensichtlich der Maxime, die Schwäche des Landes, wo sie offensichtlich ist, als Druckmittel eigener Art zu verwenden, sie im übrigen aber tunlichst zu verschleiern und Rußland als wiedererstarkten Akteur auf der internationalen Bühne darzustellen. Die Absicht ist klar: Die übrige Welt und insbesondere der Westen soll beeindruckt und von Handlungen abgehalten werden, die man als russischen Interessen abträglich ansieht – von der Errichtung eines NMD-Systems über die NATO-Erweiterung bis zur Rückforderung Rußland gewährter Kredite. Rußland führt eine Außenpolitik, wie sie Aleksej Puškov bereits 1998 gefordert hat, als er für »vernünftige Härte« im Verhältnis zur Außenwelt plädierte.⁶ Dieser russischen Politik ist Erfolg nicht abzusprechen. Im selben Jahr 1998 hat **Sergej Karaganov**, der stellvertretende Direktor des Europa-Instituts und selbst eine Institution in der Moskauer politischen Klasse, geschrieben, die russische Diplomatie habe mehr erreicht, als die inneren Verhältnisse erwarten ließen.⁷ Diese Aussage hat ihre Gültigkeit bis heute nicht verloren – im Gegenteil: Sie trifft mehr denn je zu. Der Westen läßt sich beeindrucken. Sein bisheriges Verhalten in der Frage der russischen Schulden ist dafür nur *ein* Beispiel.⁸ Der Bär darf nicht gereizt

⁶ Zitiert bei Falk Bomsdorf, Aus russischen Fachzeitschriften 1998, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, 1999, S. 6.

⁷ Ebd.

⁸ Die gegenwärtige harte Haltung der Bundesregierung kann nur begrüßt werden. Es ist zu hoffen, daß sie durchgehalten wird. Gegenüber den jüngsten russischen Erklärungen ist Skepsis angebracht: Die Bereitschaft, die gesamten Schulden gegenüber dem Pariser Club zurückzuzahlen, wird mit soviel Kautelen versehen,

werden – dies scheint in der Tat, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* unlängst schrieb,⁹ zur Maxime westlicher Politiker für den Umgang mit Rußland geworden zu sein.

Daß die russische Selbstdarstellung auch mit einer Art Selbsttäuschung einhergeht, scheint russischen Politikern nicht in den Sinn zu kommen. Das russische Außenministerium jedenfalls sieht die vorgeblich wiedererlangte russische Größe, die es in den letzten Jahren stets nach außen kommuniziert hatte, inzwischen offensichtlich als Faktum an. Die russische Außenpolitik und ihre Akteure sind insofern zum Opfer einer Art von Autosuggestion geworden: Man hat begonnen, das als wahr anzusehen, was doch offensichtlich zunächst nur als eine Art von »perception management« gedacht war, als eine Manipulation des westlichen Rußlandbildes also, unternommen in der Erwägung, daß Rußland seine Rolle als Großmacht, wenn es denn schon die dazu erforderlichen Machtmittel nicht mehr besitze, wesentlich auf Diplomatie abstützen müsse.¹⁰

Offenbar glaubt man im russischen Außenministerium an die Durchhaltbarkeit dieser Politik. Damit verrät man auch einiges über die Einschätzung westlicher politischer Strukturen und westlicher Politiker. In der russischen politischen Klasse ist die Annahme verbreitet, der Westen habe nicht die Nerven, einen auch

daß den Bekundungen eher die Absicht zu entnehmen ist, nach wie vor den Erlaß eines möglichst großen Teils der Schulden anzustreben oder sich auf andere Art jedenfalls teilweise den Zahlungsverpflichtungen zu entziehen. Von der neuen amerikanischen Regierung erwartet die russische politische Klasse in dieser Hinsicht übrigens nichts Gutes. Vgl. etwa *Nezavisimaja Gazeta* vom 16.1.2001. Die Überschrift des dort auf Seite 1 abgedruckten Artikels (»Leb wohl, leichtes Geld aus Amerika«) läßt erkennen, wie man die westlichen Kredite in Rußland aufgefaßt hat.

⁹ FAZ, 13.1.2001.

¹⁰ Wie dies Aleksej Arbatov im März 1999 in einem Artikel der russischen Regierung empfohlen hat. Vgl. Falk *Bommsdorf*, Rußland: Flucht in die Selbstisolierung? Aus russischen Fachzeitschriften 1999, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2000, S. 19.

nur politischen Konflikt mit Rußland zu riskieren, folglich müsse man ihn nur tüchtig ängstigen.¹¹ Auf lange und, so ist zu hoffen, auch auf mittlere Sicht dürfte dies jedoch eine Unterschätzung des Westens bedeuten. Im wohlverstandenen Interesse beider Seiten liegt ein Verhältnis zueinander, das nicht auf Selbsttäuschung beruht. Auf russischer Seite wäre dafür vor allem eine klare Sicht der eigenen Lage erforderlich, auf westlicher Seite ein klarer Blick auf Rußland und seine politische Klasse – und eine daraus jeweils folgende Politik. Die ständig wiederholten Aussagen westlicher Politiker, ohne Rußland gehe in Europa nichts, sind mit Blick auf diese Notwendigkeiten nicht hilfreich. Im Gegenteil: Sie führen zu psychologischen und politischen Selbstbindungen und geben der russischen Seite Gelegenheit, den ebenso unabdingbaren wie umfassenden Kurskorrekturen im Innern wie nach außen auszuweichen.

Vorgestellte Aufsätze

Arbatov, Aleksej, Nacional'naja opasnost'

Rossii v mnogopoljarnom mire (Die nationale Sicherheit Rußlands in der multipolaren Welt), in: *Mirovaja Ekonomika i meždunarodnye otnošenija*, (Oktober 2000) 10, S. 21–28

Kremenjuk, Viktor, Zapad iščet predely otnošenij s Rossiej (Der Westen sucht die Grenzen der Beziehungen zu Rußland), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (Oktober 2000) 10, S. 63–72

Puškov, Aleksej, Rossija v novom miroporjadke: rjadom s zapadom ili sama po sebe? (Rußland in der neuen Weltordnung: Neben dem Westen oder für sich allein?), in: *Meždunarodnaja žizn'*, (Oktober 2000) 10, S. 33–44

¹¹ Vgl. den Kommentar (»To Pay or Not to Pay«) in: *The Russia Journal*, 13.–19.1.2001, S. 6.

Trenin, Dmitrij, Tretij vosrast: rossijsko-amerikanske otnošeni na poroge XXI veka (Die dritte Phase: Die russisch-amerikanischen Beziehungen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts), in: Pro et Contra, (2000) 2, S. 7–19

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf